

Sehr geehrte Damen und Herren,

*„Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, und er wird die Fülle haben; wer aber nicht hat, dem wird auch, was er hat, genommen werden.“ (Matthäus 25:29)*

Dieses Zitat fiel uns in der Ausgabe 5/2013 der Finnischen Zeitschrift „ark“ auf. In einem Interview bedauert Tuomo Siitonen - einer der erfolgreichsten Architekten in Finnland – die zunehmende Ungerechtigkeit in Wettbewerbsverfahren gegenüber jungen und kleinen Architekturbüros. Anstelle offener Verfahren mit sinnvollen Anforderungen rückten Vorauswahlverfahren, die so konstruiert seien, dass solche Büros entweder von vorne herein ausgefiltert würden oder das Anforderungsprofil für sie zu anspruchsvoll sei. Siitonen nennt das „legalen Protektionismus“.

Diese unfaire Situation, die Tuomo Siitonen analysiert, hat sich auch in Deutschland manifestiert. „Man möchte gerne, darf aber nicht“ - so könnte man den gegenwärtigen Zustand für junge Architekten in Deutschland beschreiben. Für sie ist es kaum noch möglich, an Wettbewerben teilzunehmen und man entzieht ihnen die Existenzgrundlage. Es ist klar, dass es bei europaweiten Ausschreibungen zu inakzeptablen Teilnehmerzahlen kommt. Aber diesem Problem darf man nicht damit begegnen, dass man den Markt durch unfaire Bewerbungsverfahren für junge und kleine Büros komplett abriegelt. Die Konsequenzen sind absehbar: ein in sich geschlossenes, rigides System etablierter, größerer Büros, wenig Vielfalt, wenig Konkurrenz, wenig Impulse, wenig Qualität.

Architekten sind Generalisten. Warum werden für die Teilnahme an einem Wettbewerb für einen Kindergarten ein bis drei Referenzbauten der gleichen Funktion abgefragt? Warum kann ein Büro mit großem Jahresumsatz eine solche Aufgabe besser bewältigen - oder ein Büro mit vielen Angestellten? Um was geht es wirklich? Es sollte doch darum gehen, für eine spezifische Situation eine präzise Antwort zu finden - also um die städtebauliche Setzung eines Baukörpers, Proportion, Struktur, Konstruktion, Material, etc. Jeder Architekt kann an diesen Themen arbeiten, unabhängig vom Alter oder der finanziellen Situation. Das klingt naiv, ist aber essentiell. Es dürfte nur offene Verfahren geben. Dafür komplett gelöst und/oder in mehreren Phasen. Wettbewerb im Sinne der besten Lösung, nicht im Sinne des geringsten Risikos für alle Beteiligten.

Wettbewerbe werden immer mehr zur Materialschlacht, die junge und kleine Büros nicht bewältigen können. Warum braucht es Nachweise bzgl. Nachhaltigkeit, Baubeschreibungen, Kostenberechnungen, usw. in der Phase eines Entwurfswettbewerbs? Eine Jury ist doch in der Lage, einen Entwurf perspektivisch auf diese Punkte hin zu beurteilen. Dafür reichen Volumenmodell, einfache Pläne, ein Konstruktionsprinzip und gegebenenfalls ein Bild. In der Schweiz geht das doch auch, und wir können nicht erkennen, dass die architektonische Qualität darunter leidet, ganz im Gegenteil. Spätestens in der Ausführungsphase wird das Projekt mit den Fachplanern präzisiert und auf den Punkt gebracht. Durch die Konzentration in der Wettbewerbsphase auf die elementaren architektonischen Themen würden jene auch tiefgründiger behandelt. Dies hätte zur Folge, dass die Wettbewerbsergebnisse gehaltvoller würden: städtebauliche Lösung, architektonisches Konzept, Raumorganisation, Konstruktion, Struktur, Ästhetik... sind genügend Themen für einen qualitätvollen Architektenwettbewerb und die Kernkompetenz des Architekten.

Die Regelung, einen der Preisträger zu beauftragen, sendet die falschen Signale aus. Ein junges oder kleines Büro wird in den Nachverhandlungen um den Auftrag wenig Argumente haben gegen die etablierten Büros auf den weiteren Plätzen. Diese Regelung ist falsch. Der erste Preis müsste den Zuschlag bekommen. Warum nicht eine Klausel festsetzen, die im Falle eines Gewinns eine Zusammenarbeit mit einem erfahrenen Büro der eigenen Wahl vorsieht?

Junge Architekturabsolventen in Deutschland werden von den Kammern angehalten, ausreichend Praxiserfahrung (alle Leistungsphasen) und Fortbildungskurse zu besuchen, bevor sie sich als Architekt selbständig machen dürfen. Absolventen müssen eine Praxiszeit von min. 2 Jahren absolvieren, um in die Architektenliste eingetragen zu werden. Erst diese Eintragung berechtigt zur Führung des Titels 'Architekt' und zur Teilnahme an Wettbewerben. Die derzeitige Kategorie „junge/kleine Büros“ macht wenig Sinn. Zum einen stellt diese Kategorie (wenn überhaupt) nur einen kleinen Bruchteil aller Teilnehmer. Zum anderen ist die Bezugsgröße dafür fälschlicherweise das Diplomdatum - i.d.R. nicht älter als 5 Jahre. Somit haben viele jungen Architekten von vornherein keine Chance, Teil dieser Kategorie zu sein, weil sie nach dem Abschluss länger als die verlangten 2 Jahre im Büro als Angestellte bleiben, um ein Projekt wirklich von Anfang bis Ende zu begleiten und so ernsthafte Erfahrung fürs spätere Berufsleben sammeln. Für die Kategorie "junge/kleine Büros" haben sie damit wertvolle Jahre "verschwendet" und sind ab dann chancenlos bei Bewerbungsverfahren. Hier zeigt sich ein struktureller Fehler, das System ist ungerecht. Wir sind der Meinung, dass es an der Zeit ist, diese 'Barrieren' zu entfernen und plädieren für offene Verfahren.

Wenn sich die Wettbewerbsstrukturen weiter in diese Richtung bewegen, dann kann man den Architekturstudenten, die zu tausenden an den Universitäten zu Entwurfsarchitekten ausgebildet werden, nur raten, ihr Studium noch einmal zu überdenken. Es sei denn, sie haben reiche Verwandte oder Freunde, die sie nach dem Studium direkt beauftragen und so dafür sorgen, dass die jungen Architekten ein gebautes Werk vorweisen können. Andernfalls werden sich die meisten in den etablierten Büros als geringbezahlte Arbeitskräfte wiederfinden, und dort Wettbewerbe schrubbten, ohne Perspektiven auf Selbstständigkeit. Und das ist Raubbau an der jungen Generation.

Freundliche Grüße,

Simon Mahringer, Dipl. Arch. ETH

Thomas Gantner, Dipl. Ing.